

Wegen einer Wiese im September

Im Zusammenhang mit einer Schulreform im Kirchdorf Engelbostel nahm der Amtsschreiber am 5. September 1794 im Amt Langenhagen ein Protokoll auf. Daraus geht folgender Inhalt hervor:

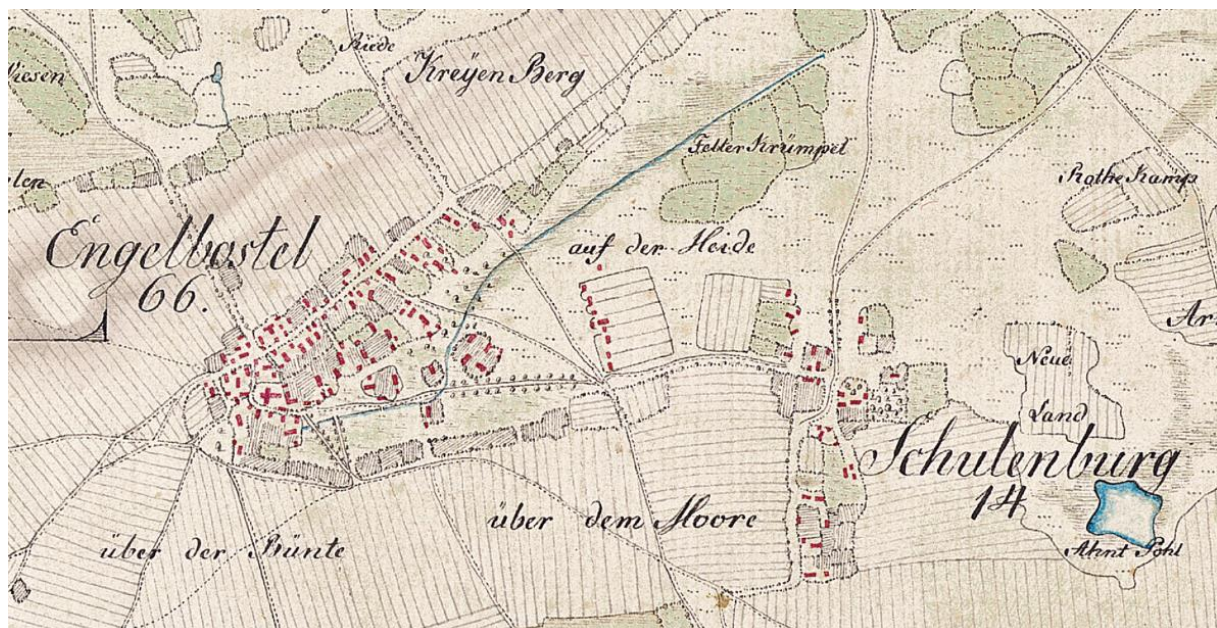
Dem Küster Bartels aus Engelbostel soll zur Verbesserung seiner Stelle eine Wiese von etwa 1 ½ Morgen zugewiesen werden. Bartels ist der künftige Lehrer der Mädchens und neuen Industrieschule.

Der Amtmann, Vertreter von Engelbostel und Schulenburg traf sich auf der gemeinen Weide zwischen Engelbostel und Schulenburg, um die Wiese auszuweisen. Bei Festlegung des Grundstücks erhoben die Schulenburger Protest, weil sie evtl. selbst eine Schule für ihre 30 Kinder bauen wollen. Der Protest wurde abgelehnt, da es auf der gemeinen Weide bereits Ausweisungen auch für Bauern aus Schulenburg gegeben habe.

Der Wert der Wiese wurde mit 100 – 150 Reichstaler angegeben. Der mögliche Ertrag wurde auf 2 Fuder Heu á 4 Reichstaler eingeschätzt

Wir erfahren, dass man damals eine neue Schulform – die Industrieschule – einführen wollte. In dieser Schulform wurden die Kinder auch in Handarbeiten und Handwerk unterwiesen. Dem dafür vorgesehenen Schulmeister sollte ein verbessertes Einkommen gewährt werden. Da die Lehrer damals von der Obrigkeit mit einem Haus und dazugehöriger Länderei versorgt wurden, passte die Zuweisung einer Wiese. Bearbeiten musste der Pädagoge das Land selbstverständlich selbst. Bareinkünfte kamen dagegen aus dem Schulgeld, das die Eltern der Schulkinder zahlen mussten (In der Regel unger!).

Die Wiese dürfte „auf der Heide“ gelegen haben, wo man die Flächen neu ausgewiesener Höfe an Flurstreifen oder grüner Farbe (=Wiese) erkennen kann. Die Karte zeigt auch, dass Engelbostel immerhin 66 Herdstellen hatte, Schulenburg nur 14.



(Kurhannoversche Landesaufnahme vom 1781 – Mit Genehmigung des LGLN)

Wie auch heute üblich, ging die Zuweisung nicht ohne Widerstand ab, denn damit wurde anderen ein Nutzungsrecht an der „gemeinen Weide“ entzogen. So wollten die Schulenburger Vertreter nicht hinnehmen, dass aus der für alle nutzbaren Weide 1 ½ Morgen (3.750 m²) herausgetrennt würden. Wie wir weiter lesen, war die Aufteilung dieses Gemeineigentums bereits voll im Gang. Ihr Argument eine eigene Schule bauen zu wollen, wurde ihnen nicht abgenommen. Denn das hatten sie ungeachtet ihres Ortsnamens aus Kostengründen seit je unterlassen und ihre Kinder lieber ins nahe Engelbostel geschickt.

Da das Schulwesen damals der Kirche unterstand, wurde alsbald das Konsistorium in der Sache aktiv. Außerdem durfte die Altstadt Hannover nicht fehlen, die seit dem 16. Jahrhundert Anspruch auf die gemeine Weide im Norden erhob. So musste der Amtmann Ernst Friedrich Müller in einem Memorandum an den Konsistorialrat Uhle berichten: *„Wider solche geschehene Ausweisung ist zwar am 30^{ten} vorigen Monats [=September] von der Altstadt Hannover bey Gelegenheit einer Hud und Weide Grenzbeziehung solemnter protestiert und der Aufwurf der Wiese in beyseyn der Herren Hof- und Consistorial-Räthe Falke und Heiliger wieder destruiert worden. Man zweifelt jedoch nicht, daß dem ohnerachtet der Consens der Altstadt dazu noch ertheilet werde, zu mahl man sich auch überhaupt mit derselben über Hud und Weide aus einander zu setzen vorhabens ist.“*

Wie schon oft in der Vergangenheit ließen die hannoverschen Herren den frischen Grenzgraben wieder zuwerfen, weil sie der Meinung waren, ohne unsere Zustimmung geht das nicht an. Mit der neuen Schule ging es auch nicht voran. Amtmann Müller musste schreiben, dass für den Lehrer Bartels (noch) keine Wohnung vorhanden und auch nicht zu beschaffen sei. Es fehle auch am Geld für den Bau von Wohnung und Schulstube.

Der Herr Konsistorialrat wusste in dieser Situation auch keinen rechten Rat. Sein Vorschlag, der Herr Amtmann möge die Bauern aus Engelbostel dazu bewegen, etwas aus ihrem Land für den Lehrer abzugeben, war ziemlich realitätsfremd. Die Bauern aus Engelbostel wollten sich „auf nichts einlassen“. Sie unterzeichneten allesamt mit mehr oder weniger geübter Hand, gern auch mit den bekannten drei Kreuzzeichen, eine gemeinsame Entschließung, die ich hier im Original Wortlaut und entsprechender Orthografie wiedergebe:

Weil die gemeinde Engelbostel Wegen der Trennung der Schulle nicht ein laßen kan Also ist ihr wile daß die kinder wieder in eine schulle gehen sollen und sie sich auf anderes nicht einlaßen können.

Darunter die Namen von 46 Bauern.

Was kam danach? Nun, 1796 schickten die Engelbosteler keine Kinder zur Schule. Im August 1797 beschloss das Konsistorium, die Leute aus Engelbostel sollen ihre Kinder nicht mehr von der Schule fernhalten. Im Juni 1798 bat der Einwohner Bruns aus dem Moore bei Berenbostel, seine Kinder da zur Schule schicken zu dürfen, denn die Wege nach Engelbostel wären weit und die Schulmeisterstelle dort vakant.

Man sieht: mit der Bildung hatten sie es im alten Langenhagen nicht so. Was aus der Wiese geworden ist? Darüber schweigen die Amtspapiere.